

Anlage: Dokumentation der Arbeiten des Zweckbündnisses: "Mit Herz und Verstand für Hameln" gegen eine Sanierung der Fußgängerzone

Im Rahmen meiner Tätigkeit im Hamelner Natur- und Umweltschutzzentrum habe ich unter anderem die Arbeiten des Zweckbündnisses gegen eine Sanierung der Hamelner Fußgängerzone begleitet. Im Folgenden sind die wesentlichen Veranstaltungen und Aktivitäten des Zweckbündnisses zum Thema Fußgängerzonensanierung chronologisch dargestellt.

20. Januar 2008: Informationsveranstaltung der Stadtverwaltung

Am 20. Januar fand eine Informationsveranstaltung zur Fußgängerzonensanierung im Spiegelsaal der Rattenfängerhalle statt. Die Stadtverwaltung informierte über den Stand der Planungen für den Pferdemarkt. Folgende Planungspunkte wurden detailliert erläutert:

- Das vorhandene Pflaster wird aufgenommen und soweit möglich um Marktkirche und Hochzeitshaus wieder verlegt.
- Eine Blindenleitlinie wird parallel zur Entwässerungsrinne geführt.
- Die Baumgruppe vor dem ECE wird durch eine Stadtlinde ersetzt.
- Der neu gepflanzte Baum im Bereich der Emmernstraße wird durch einen größeren ersetzt.
- Der Baum vorm Eingang des Hochzeitshauses muss der Verlegung der Trafostation weichen. Drei Trafostationen werden in diesem Bereich unter die Erde verlegt. Eine weitere wird im Bereich der HypoVereinsbank unter die Erde verlegt.
- Die Beleuchtung erfolgt künftig in Form von Wandleuchten.
- Für eine barrierefreie Gestaltung des Pferdemarktes bei Veranstaltungen erfolgt die Anlage von sogenannten Versorgungsstützpunkten bzw. Leitungskreuzungen.
- Für die Hochzeitshausterrasse wird keine feste Überdachung vorgesehen.
- Ausführungen zu Sitzgelegenheiten, Spielmöglichkeiten und Informationsangebot

Die Bauabschnitte 1-4 des Pferdemarktes sollen bis zum Weihnachtsmarkt 2009 und die Bauabschnitte 5-8 bis zum Herbst 2010 fertiggestellt sein. Daran schließen sich die Bauarbeiten im Bereich der Osterstraße und Bäckerstraße an.

Für die Standardlösung ergeben sich bedingt durch die Ergebnisse der Bodenuntersuchung Kosten in Höhe von 5,08 Mio. Euro. Hinzu kommen die Kosten für die Hochzeitshausterrasse in Höhe von 385.000,- Euro.

Von Seiten der Bürger kamen folgende Einwände:

- Erhaltung des Flairs der Altstadt ist nicht gegeben (altes Pflaster, Berliner Laternen)
- Befürchtung eines weiteren Anstiegs der Kosten
- Rutschgefahr auf den Pflasterflächen

19. und 25. Februar: Arbeitstreffen im Natur- und Umweltschutzzentrum

In einem ersten Arbeitstreffen am 19. Februar wurde das Vorgehen zur Unterstützung des Bürgerentscheids gegen eine Fußgängerzonensanierung besprochen. Am 4. März soll ein überparteiliches Zweckbündnis gegründet werden, das unter dem Namen "Mit Herz und Verstand für Hameln" für einen Erhalt der Fußgängerzone aufruft. Ein zweites Arbeitstreffen fand am 25. Februar im Natur- und Umweltschutzzentrum statt. Es wurde ein Flyer entworfen und der

Ablauf der Gründungsversammlung des Zweckbündnisses am 4. März besprochen. Weiterhin wurden die aktuellen Presseberichte über den BUND und eine Stellungnahme von Frau Lippmann diskutiert (s. Bild 33 u. Bild 34).

Sanierungsgegner machen eigene Rechnung auf

„Frischer Wind“ und BUND kritisieren Fußgängerzonen-Planung / Neues Zweckbündnis geplant

Hansch ist. Mit mehr als 6000 Unterschriften im Rücken fühlen sie sich legitimiert, für die Bürger zu sprechen, wenn sie gegen die Planung der Stadt und Neugestaltung der Fußgängerzone Front machen. Tobias Mutter von der Wahlinitiative „Frischer Wind“ und Ralf Hermes vom BUND, in ihrer Gärtnerei hält zum Misstrauensgegenstand auf Grundlage des Entwurfs von Architektin Anke Dörken gesteuert, nehmen für sich Anspruch, keine Fanzubehaltung zu vertreten und genau so wenig aus der Position der Konsumenten heraus zu argumentieren. „Ich habe mich immer mit allen öffentlich zugänglichsten Informationswegen zu diesem Thema auseinandergesetzt“, sagt Hermes. „Und nicht bei unseren Urteilen über Planung ist schlecht.“

Pflaster könnte „noch weitere 30 Jahre“ halten

Schlecht, weil sie an den Bedürfnissen der Bürger vorbeigeht. Denn hätten die vorgeschrittenen Verträge an Ocker-, Bäckerstraße und Fleckenmarkt den Nerv der Händler getroffen, dann hätten nicht mehr als 6000 Händler einen unbekanntem Gruppierung wie dem Frischen Wind ihre Unterschrift gesetzt“ und damit die Mängel an dieser Planung bekundet. Schlicht aber auch, weil man sich durch diesen großen Bröckel Fußgängerzone finanziell so binden, dass für andere kaum noch Geld mehr da sein wird.“

Künftig hat Hermes zu zeigen offenes Bock an die Kommunalpolitik seine eigene Konzeption für die Projekt Fußgängerzone aufgreifen und sie dabei auf, einen nachfolgenden Planungsprozess von acht bis zehn Millionen Euro geklärt. Die Differenz zu der aktuellen Kostenschätzung der Verwaltung (zwischen rund fünf und 6,1 Millionen Euro je nach Ausführung) ergibt sich, weil er in



Wie geht es weiter mit der Fußgängerzone, schaut sich auch „Die Neugänge“ vor dem Museum zu fragen.

Foto: Dana

neue Kalkulation kalkuliert mit einbezieht, die die Stadt zahlen soll. Das sind etwa 400.000 Euro, die die Stadtwerke für die Verlegung der Verkehrswege bezahlen. Um diesen Betrag, so nimmt Hermes an, verringere sich die Gewinnausschüttung der Stadtwerke an die Stadt. Angenommene 221.000 Euro für die Lenkungsvergütung und etwa geschätzte 100.000 Euro für die Sanierung von Verkehrsflächen in Ocker- und Fleckenstraße, 500.000 Euro Preisuntergrenze sowie knapp 1,1 Millionen Euro für die Be-

planung von Kindern, die für das Millionen-Projekt angenommen werden müssten, nicht auf der hohen Karte liegen hat“, schlägt er noch überdies. Ob diese Schätzung allerdings vorläufig ist als die von ihm angefragte grüne der Stadt zum Inhalt für „gegründet und realistisch“ habe er seine Prognose. „Der Bürgerentscheid soll die Umsetzung der Planung stoppen“, sagt Mutter. Und soll zwei Jahre Luft schaffen „für eine Neuplanung mit deutlich abgegrenzten Ver-

ein“. Das von Politik und Verwaltung immer wieder ins Feld geführte Argument, eine solche Verengung hätte den Verlust von zwei Millionen zugewiesenen Fördergeldern zur Folge, beantwortet ihn nicht. „Wer sagt uns denn, dass das tatsächlich so ist?“ Hermes nennt dieses Argument „eine Drehung“ – jedenfalls so lange er nicht schwarz auf weiß vom zuständigen Ministerium in Hannover ein schriftliches Bestätigung bekommt werden.

Ein ökologischer Bürgerentscheid für den Erhalt der Fußgängerzone in ihrer jetzigen Form“ wäre für zwei Jahre bindend wie ein Ratsbeschluss und könnte nur durch einen neuen Bürgerentscheid aufgehoben werden. Das will die Politik darauf entlockt, was plant und dann das Risiko eingibt, für die einmaligen Zustimmung der Bürger zu erhalten – selbst Hermes und Mutter glauben das kaum. Und würden in Kauf nehmen, dass in den nächsten zwei Jahren keine Verengung der Fußgängerzone möglich ist. „Was wäre denn so schlimm daran, wenn es zwei Jahre Stillstand gäbe?“, sagt Hermes.



Tobias Mutter



Ralf Hermes

Für „unreal“ und so beunruhigend, dass dringender Handlungsbedarf besteht, hält in Hansch gute Stube nicht. Das Plänen könnte gut und gerne noch zehn Jahre halten, glaubt er. Mutter gibt ihm sogar noch weitere 10 Jahre“. Und beide betonen, dass von Politik und Verwaltung immer wieder beschworenen Zusammenarbeit von Lenkung und lokaler Attraktivität Warte in der Osterstraße die Hersteller an sich gehen. „Aber hat das nichts mit dem Plan zu tun, sondern eher mit der Stadt-Galerie“, vermutet Hermes.

Als Vorsitzender des BUND-Kreisverbandes sieht er sich gehandelt, beim Thema Fußgängerzone Position zu beziehen. „Andererseits ist es wegen einer Bürgerentscheid und werden das mangelnde Nutznießer vor. Hermes erwidert sich: „Nachhaltige Stadtentwicklung ist ein Kernthema des BUND“, und dass die Nachhaltigkeit der Sanierung nicht er in Zweifel. Weiteres Geld für die energetische Sanierung von Schulen, für den Klimaschutz, das wäre maßgeblich.“

Um Gleichgültigkeit aus sich zu machen, wollen Frischer Wind und BUND ein überparteiliches Zweckbündnis für eine bessere Fußgängerzone“ gründen. Beiräten können Einzelpersonen, Verbände, Vereine, Parteien. „Gründungsversammlung ist am 4. März, 19.30 Uhr, im Foyer-Gebäude der Jugendkirche aus.“

KOMMENTAR

Überzeugungsarbeit mangelhaft

Von **BUND HERMES**

Hansch Fußgängerzone Konzept hier und da eine Verschönerung“ verspricht, aber sie braucht keine Neugestaltung der Millionenverordnungen. Diese Aufhebung vorweg der „Frischer Wind“, und tausende Bürger werden sie ganz selbstverständlich. Die Pläne der Stadt ist eine andere, sind sich am Ende Hansch der einen oder der anderen Seite zustimmen, wird der Bürgerentscheid angehen.



Ralf Hermes

schwächen Politik und Verwaltung aufzuweisen. Das ist der von Architektin Anke Dörken „Frischer Wind“, und Verlegung eines halbgelben Pflasters bei den Händlern kein Blaustrichplan, so gewinnen wir, habe sich schon lange vorher herauskristallisiert. Wie dem Hintergrund eines dreiwöchigen Konsultationsverfahrens sollte man sich nur bemühen deutlich zu machen, dass man von dem parteilichen Konzept längst abgesehen war. Im August kündigte Oberbürgermeisterin Susanne Lippmann an, in Kürze sollten entsprechende literar-

benetzte Pläne auf den letzten Metern der Stadt Hansch zu sehen sein. Und wie wir es selbst immer noch die gelbe Pflaster von Fleckenmarkt mit urbanistische Zeichnung aus der Vogelperspektive, unter der sich die meisten Bürger nicht vorstellen können, und wofür von der Osterstraße ein Entwurf, der auch nicht sein ist, wie es dort nach der Einweisung ebenfalls anzuwenden soll. Wie glaubt, auf diese Weise Überzeugungsarbeit leisten zu können, darf sich nicht wundern, wenn er von den Bürgern die Unterstützung abgelehnt wird.

hermesr@bunnd.de

Bild 33: Dewezet-Artikel über die Argumente des Frischen Winds und des BUND zur geplanten Fußgängerzonensanierung

„BUND langsam nicht mehr ernst zu nehmen“

Oberbürgermeisterin weist kritische Aussagen zur Sanierung der Fußgängerzone entschieden zurück

Hameln (red). Die Aussagen von Gegnern der Fußgängerzonenanierung haben gestern zu einer heftigen Reaktion von Hamelns Oberbürgermeisterin Susanne Lippmann geführt: Die Wählerinitiative „Frischer Wind“ und der Umwelterbund BUND schürten laut Lippmann mit falschen Behauptungen die Stimmung gegen eine Erneuerung der Fußgängerzone. „Das dürfen wir im Interesse dieses wichtigen Zukunftsprjekts nicht zulassen“, betont das Stadtoberhaupt.

Beleuchtung soll Gebäude in Szene setzen

Besonders ärgert sie sich über die Äußerung des BUND-Kreisvorsitzenden Ralf Hermes, die Planung sei „schlecht“, weil sie an den Bedürfnissen der Bürger vorbeigehe. „Woher nimmt Herr Hermes die Kompetenz, das beurteilen zu können? Und was sind denn die Bedürfnisse der Bürger?“ Hermes müsse sich an, zu definieren, was für die Menschen richtig sei und was nicht. Zu den Bedürfnissen der Bürger zählen laut Lippmann „sowohl eindeutig“ ein ansprechendes Ambiente, Aufenthaltsqualität und „grüne Oasen“. All das wolle die Stadt verwirklichen. Bestandteile der Planung seien daher Sitzmöglichkeiten, die auf Wunsch der Senioren im 50-Meter-Abstand aufgestellt werden sollen, eine Blindenleitlinie sowie Spielplätze für Kinder. Mit dem Behindertenbeitrag sei eine behindertengerechte Ausführung abgestimmt worden.

Ein Info-System, das auf die Geschichte der Stadt hinweise, beleuchte auch eine erhebliche Aufwertung des maritimen Angebots. Das Konzept der Stadt beinhaltet zudem eine aufwendige Beleuchtung, mit der markante Gebäude in Szene gesetzt

werden sollen. In der Planungs- und Begleitkommission seien sämtliche Details „rauf und runter besprochen“ worden, die Stadt habe alle Interessengruppen eingebunden und über einzelne Schritte informiert. „Diese Planung als schlecht zu bezeichnen, ist für alle Beteiligten ein Schlag ins Gesicht“, kontriert Lippmann. Der BUND sei als Gesprächspartner „langsam nicht mehr ernst zu nehmen“.

In aller Schärfe weist die Oberbürgermeisterin auch den Vorwurf des BUND-Vorsitzenden zurück, die Stadt habe sich durch den großen Brocken Fußgängerzone finanziell so sehr, „dass für anderes kaum noch Geld da sein wird“. Susanne Lippmann:

„Das stimmt nicht, und Herr Hermes weiß das auch.“

Die Stadt hinde allenfalls Geld, das von außen komme. Der Handlungsrahmen zum Beispiel für Investitionen im Schulbereich werde nicht eingeschränkt – im Gegenteil. Allein in diesem Jahr fließen nach Angaben der Oberbürgermeisterin 3,7 Millionen Euro in die Schulen. Hinzu kommen weitere Gelder aus dem Konjunkturpaket. Mehr sei schon aus Gründen des Baublaufs und der Bauüberwachung nicht möglich, denn: „Wir können an einer Schule nicht gleichzeitig Fachunterrichtsräume sanieren, die Fassade instand setzen und auch noch das Dach abnehmen.“

Als „Milchmädchenrech-

nung“ bezeichnet Susanne Lippmann die vom BUND-Chef veröffentlichte Kostenberechnung: „Was ich hier gelesen habe, gehört ins Reich der Märchen.“ Hermes hatte einen Finanzbedarf für die Fußgängerzone von acht bis neun Millionen Euro berechnet. Darin enthalten war ein Betrag von 400.000 Euro, den die Stadtwerke für die Verlegung von Trafostationen bezahlen. Die Gewinnausschüttung der GWS werde sich dadurch jedoch nicht – wie von Hermes behauptet – verringern, stellt die Oberbürgermeisterin klar. Die Trafostationen seien längst abge-



S. Lippmann

schrieben, die Stadtwerke müssten hier ohnehin investieren.

Hermes und Co. müssten sich auch um die Finanzierung der Fußgängerzone keine Sorgen machen, sagt die Oberbürgermeisterin. Die Stadt könne das Projekt schultern, ohne sich neu zu verschulden. Nicht nachvollziehen kann sie Aussagen der Sanierungsgegner, wonach das Pflaster der Fußgängerzone noch zehn oder sogar noch 30 Jahre halten könnte. „Ich empfehle den Kritikern, mal genauer hinzuschauen“, so die OB. Im Untergrund gebe es Setzungen, an vielen Stellen brechen die Steine – das ist wirklich nicht mehr viel zu retten“. Es helfe auch nicht, mit dem Hochdruckreiniger über das Pflaster zu gehen. Eine solche Behandlung führe sogar noch zu einer Vergrößerung der Schäden.

Attraktives Umfeld für neue Investoren

Den Zusammenhang von Erneuerung und höherer Attraktivität der Fußgängerzone, von den Sanierungsgegnern bestritten, sieht die Oberbürgermeisterin sehr wohl. Natürlich stünden Ladenlokale nicht wegen des Pflasters leer. Aber wenn man Investoren und neue Ladenbesitzer gewinnen wolle, komme es auf ein attraktives Umfeld an.

Als „geradezu naiv“ bezeichnet es Susanne Lippmann zu glauben, dass zugespaltene Fördergelder von zwei Millionen Euro „irgendwo in Hannover geparkt werden könnten, nur weil Hameln das so will“. Wenn die Erneuerung der Fußgängerzone scheitere, dann seien die Gelder definitiv verloren. 80 andere Städte warteten nur darauf, von diesem Geld profitieren zu können.



Die sanierungsbedürftige Fußgängerzone – die Planung sei mit allen Interessengruppen abgestimmt, sagt Oberbürgermeisterin Susanne Lippmann. Foto: Dana

Bild 34: Dewezet Artikel: Reaktion von Frau Lippmann auf die Kritik von Frischem Wind und BUND

Ab dem 28. Februar bis zum Bürgerentscheid wurde am Hochzeitshaus jeweils Samstags in der Zeit von 10.00 – 13.00 ein Stand aufgebaut und über die Planungen zur Fußgängerzonenanierung und den Bürgerentscheid informiert.

4. März: Gründung des Zweckbündnisses „Mit Herz und Verstand für Hameln“

Am 4. März wurde im Expo-Cafe der Jugendwerkstatt das überparteiliche Zweckbündnis „Mit Herz und Verstand für Hameln“ gegen eine Komplettsanierung der Fußgängerzone gegründet. Ca. 70 Hamelner Bürger und Bürgerinnen nahmen an der Veranstaltung teil.

Ralf Hermes stellte nochmals die Argumente gegen eine Komplettsanierung der Fußgängerzone dar und erläuterte die Finanzfrage. Anschließend informierte Tobias Matter über die Entwicklungen der Planungen und des Bürgerentscheids aus Sicht der Wählergemeinschaft „Frischer Wind für Hameln Rat“. In der Presse wurde diese Veranstaltung sehr unterschiedlich dargestellt (s. Bild 35 u. Bild 36).

Einhelliges Nein zur neuen Fußgängerzone

Zweckbündnis „Mit Herz und Verstand für Hameln“ eint die Gegner der städtischen Planung

Hameln (ni). Gemeinsam gegen die Neugestaltung der Hamelner Fußgängerzone, wenn auch aus sehr unterschiedlichen Motiven – das war die Quintessenz eines langen Abends im Expo-Café der Jugendwerkstatt. Rund 70 Bürger waren dem Aufruf von „Frischem Wind“ und BUND zur Gründungsversammlung eines Zweckbündnisses gefolgt. Dessen erklärtes Ziel: möglichst viele Hamelner davon zu überzeugen, beim Bürgerentscheid am 19. April „mit Herz und Verstand für Hameln“ und deshalb mit „Ja“ zu stimmen.

Das Pflaster soll bleiben, und die für das Projekt vorgesehenen fünf Millionen Euro

wären an anderer Stelle besser investiert: Soweit herrschte Konsens unter den Erneuerungsgegnern. Doch mit jeder Stimme, die sich zu Wort meldete, löste der sich mehr auf. Und am Ende war's ein Kessel Buntes, der an Anregungen, Kritikpunkten, Vorschlägen zusammenkam. Die stark vertretene „Linke“ argumentierte weniger gegen die bestehende Planung für die Fußgängerzone als vielmehr dafür, die fünf Millionen den bedürftigen Menschen in der Stadt zuzuteilen zu lassen, soziale Einrichtungen zu fördern, die



J. Krellmann

Schulspeisung zu finanzieren. Und „endlich einen Schutzschirm für die Menschen aufzuspannen“, die von Hartz IV und darum in Armut leben müssten, so Peter Kurbjuweit von den Linken.

Nicht die Umverteilung des Geldes, sondern die Verschiebung der Schwerpunkte in der Stadtplanung lag anderen Besuchern der Veranstaltung am Herzen. Dabei reichte das Spektrum dessen, was jeder einzelne für sich als wichtiger ansah, von der Forderung nach einer besseren Anbindung der Innenstadt an die Weser über eine

stärkere Berücksichtigung der Belange der Radfahrer bis hin zur Sanierung der mittlerweile schon wieder sanierungsbedürftigen Fachwerkhäuser in Hameln.

Das demonstrative Zusammenrücken der Hamelner Politiker in Sachen Fußgängerzone wurde von den versammelten Gegnern eher negativ ausgelegt: als Frontmachen gegen die Kritiker, deren Sorgen, Bedenken und auch Vorschläge „die da oben“ einfach ignorieren. Die Vorsitzende der Kreis-Linken, Jutta Krellmann, erntete viel Beifall für ihren Appell an die Bürger, „die im Hamelner Rat nicht mehr vorhandene Opposition zu ersetzen“.

Bild 35: Dewezet-Bericht vom 06. März 2009 über die Gründung des Zweckbündnisses



Deister-
Anzeiger
HAZ
6.3.09

Ralf Hermes
(links)
erneuert die
Kritik an der
Fußgänger-
zonen-
Planung.
Rosslan

Sanierungsgegner gründen ein Zweckbündnis

Ralf Hermes und Tobias Matter kritisieren Fußgängerzonen-Planung

VON ANDREAS ROSSLAN

HAMELN. Im Hinblick auf den bevorstehenden Bürgerentscheid zur Fußgängerzone haben sich in Hameln die Sanierungsgegner in einem überparteilichen Zweckbündnis zusammengeschlossen.

Die Kritik an der geplanten Modernisierung der Hamelner Fußgängerzone verstummt nicht. Von der Wählergemeinschaft Frischer Wind und der Kreisgruppe des BUND wurde am Mittwochabend das überparteiliche Zweckbündnis „Mit Herz und Verstand für Hameln“ ins Leben gerufen. Die Auftaktveranstaltung stieß auf großes Interesse. Fast 70 interessierte Sanierungsgegner kamen ins Expo-Café der Jugendwerkstatt. Ralf Hermes vom BUND und Tobias Matter von der Wählergemeinschaft erneuerten ihre Kritik an der aus ihrer Sicht viel zu teuren Fußgängerzonen-Planung der Stadt. Das auf Grundlage des Entwurfs von Architektin Anke Decken erstellte „Entwicklungsplanprojekt“ sei schlecht und gehe an den Bedürf-

nissen der Bürger vorbei, sagte Hermes. Ein Beleg dafür sei, dass sich 6161 Hamelner für einen Bürgerentscheid ausgesprochen hätten. „Doch die Ratsmitglieder scheinen sich für die Meinung dieser Bürger nicht zu interessieren“, sagte der BUND-Chef. Hermes und Matter hoffen, dass am Sonntag, 19. April, möglichst viele Hamelner die Frage „Soll die Fußgängerzone in ihrer jetzigen Form erhalten bleiben?“ mit Ja beantworten werden.

Ein wesentlicher Kritikpunkt war wieder einmal die Finanzierung der Fußgängerzone, die nach Auffassung der Sanierungsgegner auf löcherigen Füßen steht. Von der Politik und der Verwaltung wird nicht mit offenen Karten gespielt, übte Hermes Kritik. Zwar sei die Neugestaltung der Fußgängerzone vom Rat der Stadt auf fünf Millionen Euro gedeckelt worden. Das sei aber offenbar nur eine „Beruhigungspille“ für die Bürger. Die Verwaltung selbst habe auf Grundlage einer Schätzung die Kosten auf bis zu 6,1 Millionen Euro bezif-

fert. Selbst diese Summe erscheint Hermes um zwei bis drei Millionen Euro zu niedrig zu sein.

Die vom BUND-Chef aufgemachte Rechnung bezeichnete Oberbürgermeisterin Susanne Lippmann vor wenigen Tagen in einer persönlichen Stellungnahme als „Mikrotendenzrechnung“. Die Wählerinitiative streute im Schulterchluss mit dem BUND den Menschen Sand in die Augen. Die Behauptung, dass Hermes bewusst falsche Zahlen in den Raum stelle, verruchte dieser zu entkräften. Die persönlichen Angriffe der Oberbürgermeisterin, die ihn in der Öffentlichkeit offenkundig als Lügner darstellen wolle, bezeichnete Hermes als emotionalen Frontalangriff, um von der eigentlichen Sachdebatte abzulenken. Ihre Behauptung, dass zugesagte Fördergelder in Höhe von zwei Millionen Euro verloren seien, wenn die Erneuerung der Fußgängerzone scheitere, sei so nicht richtig. Die Stadt habe nach seinen Informationen bis 2013 mit der Umsetzung der Pläne Zeit.

Bild 36: Bericht des Deister-Anzeigers der HAZ vom 06. März 2009 über die Gründung des Zweckbündnisses

16. März: Arbeitstreffen im Natur- und Umweltschutzzentrum

Das dritte Arbeitstreffen fand am 16. März im Natur- und Umweltschutzzentrum statt. Nach einer kurzen Diskussion über die Gründungsversammlung und die Berichterstattung wurde das weitere Vorgehen besprochen.

24. März: Podiumsdiskussion in der Sumpflume

Im März war zum einen eine Podiumsdiskussion der Verwaltung am 23. März im Viktoria Luise Gymnasium und zum anderen eine Podiumsdiskussion des Zweckbündnisses am 24. März in der Sumpflume geplant. Die Podiumsdiskussion der Verwaltung am 23. März wurde kurzfristig abgesagt. In der vom Zweckbündnis in der Sumpflume organisierten Veranstaltung (s. Bild 37) wurden die Gründe gegen eine Komplettanierung der Fußgängerzone von Ralf Hermes, Tobias Matter, Peter Kurbjuweit und Helga Uppenkamp dargestellt. Der Bericht der Dewezet über diese Veranstaltung ist in Bild 38 dargestellt.



Bild 37: Präsentation und Publikum der Podiumsdiskussion am 24. März 2009 in der Sumpflume

Donnerstag, 26. März 2009

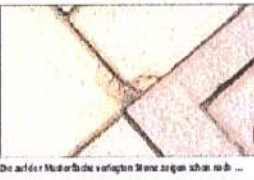


Planung, Grünkonzept, Finanzierung – die Anhänger einer „Aktiven Lösung“ lassen kein gutes Haar an der Planung zur Neugestaltung der Fußgängerzone.

Zweckbündnis feuert geballte Ladung Kritik ab

Gegner der Fußgängerzonen-Erneuerung trauen Politik und Verwaltung nicht mehr über den Weg

Hannovers (td). „Man hat uns in dieser Diskussion nicht mit uns genommen, wir sind nur eine Art Begleiterscheinung gewesen.“ Ralf Hegemann, Kreisvorsitzender des BUND Niedersachsen, kritisiert die Überplanung der Zweckbündnis. Er eine bessere Fußgängerzone“ würde keinen Erfolg zu einer Fraktion über die „Anregung“, mit der die Verantwortlichen für die Neugestaltung der Hannoverschen Fußgängerzone aus den Kopf geschlagen hätten, die auf dem Rücken der Architekten. Auch Danken nicht einverstanden gewesen sein. Vor rund 60 Bürgern, die die Entwicklung des Bündnisses zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der aktuellen Planung gehört wird. Ralf Hegemann von vielen Kritikern, Revision von Ungerechtigkeiten, Widerspruch, Widerspruch, Widerspruch und Versäumnissen im Monat zusammen, auf dem die Zukunft (teilt mit) nicht eine so klar zu sehen können. Die Aussagen von Politik und Verwaltung ist nicht zu verstehen.



Die auf der Musterfläche verlegten Platten zeigen schon mal ...



...während Monaten deutsche Macken für die Hannoverer ...



Es wird da, „das wird auch gleich besser“.

Die heilige Messe war rund um die Stadt-Galerie als Beitrag für die gesamte Fußgängerzone vorgeschlagen habe. Das habe sich mittlerweile als ungeeignet erwiesen. Und hilft, wenn es das wenig wandern würde. Der Zustand der Innenstadt gegenüber immer nicht verbessert werden verabschiedet.

Auf dem Aufbruch der Hannover angesichts der Deutschen „Zweckbündnis“ hätten sowohl Rat als auch die verantwortlichen Planer im Rathaus bei beiden mit Lindert zur Zurückhaltung reagiert. Die Fortsetzung, nach der Neugestaltung werde die Innenstadt genau so grün wie wir vorher, vertraut Hegemann. Auch auf dem Preis im Hochwasserbau „plakativem“ Fortschritt für die Stadt, und Rückwärtsentwicklung nicht zu erkennen. Und bei den halbwegs angesprochenen Plänen, sei es bald genug, „das ist die nächsten 20 Jahre brauchen, bis sie fertig sind.“ Das ist nicht, was sie auf dem Bild zu sehen.“ Sein Vertrauen in die Verantwortlichen und Stuttgart die Planung werde „eindeutig“ gestärkt, wenn auf diesen Plänen ein Baum als „Jahreswerk“ gekennzeichnet ist, „das schon vor zwei Jahren gefällt wurde“.

Die Welt rund um Neugestaltung

So, wie Hegemann für seine Kritik, so erwidert auch Tobias Mayer vom Bündnis der Zweckbündnis. Die Fußgängerzone wird schließlich gerecht als ein „ne“. Und etwas für ein Plakativ, beim Bürgerhaushalt am 19. April für den Erhalt der Fußgängerzone zu erkennen, um damit den Weg für eine neue Planung freizumachen. Mutter: „Als Ja stimmen, kann jeder, das mit dem übertragen kann, nicht nicht einverstanden ist und eine andere Lösung ist.“ Das dadurch die zwei Millionen gegenüber dem Bundestag nicht Spiel gemacht werden, ist für den ständigen eine hohe Behauptung der Stadt, was es können möglichen Gegenüber, wenn in den Händen hält.

Nur zwei können es aus dem Publikum nehmen Partei für die Neugestaltung. Die Vereinigung der Hannoverer Bauwerkstättenverbände, Hölzer Weiler, gibt den Gegnern

Grünkonzept wird immer noch vermisst

Mehrheit ist laut Hegemann gegenüber der Kaufkraft der Stadt gelassen. Nach einer vom BUND angerechneten (Ungerechtheit) Konzept der Neugestaltung um beide schrittweise, auch nicht oder einen Millionen Euro sein werden. Das die Politik den beschleunigten Umbau auf fünf Millionen Euro tatsächlich erhalte, wir zusammen die Eingriffe von dem Hintergrund, dass dem ganz Politik zu gleichen Abrechnung nicht nur die Aufschubung für die



beschleunigen werden (fast Millionen), sondern auch die Einbindung der mit Namenplaner (1,1 Millionen) auf dem Weg gehen habe. Widerspruch findet Hegemann auch bei dem offenkundigen Zahlen, die mit einem neuen Fußgängerzone erreicht werden sollen. Zuerst habe er gebildet, die Erneuerung von nicht durch Umwandlung der Gebäude in einen Einkaufszentrum-Welt bewahren können. Jetzt sollte die Kreis der Marktmarkt und damit der Verlust der Stadt-Galerie“ herausgestellt werden. Zuerst sei von einer Ergänzung der Anlagen in Höhe von zwei Millionen Euro die Rede gewesen, heute

Lulu
Buntes
27.03. Jazz Club
28.03. Rock & Pop
29.03. Rock & Pop
30.03. Rock & Pop

Plan zu arbeiten und in Kombination. Geplantes „die nach besten Mühen“ angehen.“ Der Plan der Neugestaltung der Fußgängerzone gibt dem Vorwissen des Rat und auf dem Weg, sich nicht selbst zu schaden im Gegenteil erwarten, sondern „die Stadt ist die Hilfe der Zeit zu bringen.“ Absicherung „die Welt rund um Neugestaltung“

SonderFA
Tische
Schränke
Container
Design-Klassiker
Accessoires
Besucherstühle
Leuchten
pro office

Bild 38: Bericht der Dewezet von der Veranstaltung am 24. März 2009 in der Sumpflume

Die Zeitungsartikel der Dewezet vom 2. und 8. April (s. Bild 39 und Bild 40) zeigen, dass auch CDU und Grüne erkennen, dass die Planungen der Stadt zur Sanierung der Fußgängerzone am Bürgerwillen vorbei gehen.

Donnerstag, 2. April 2009

„Wir können nicht so weitermachen wie bisher“

Pflaster erhalten und Tunnel dicht machen – CDU-Fraktion legt Vorschläge zur Modernisierung vor

Hameln toll. Weil die Parteien nicht mehr mitbringen, gehen die Christdemokraten in Hameln für vor zwei Wochen auf Distanz zum Konzept für die Neugestaltung der Fußgängerzone und kündigte Vorschläge für eine kleinere Lösung an. Generell gelte die Fraktionspolitik, Überforderungen vor sich zu gehen. „Versuch, etwas zu tun, was von einer breiten Mehrheit mitgetragen wird“, ist die neue Prämisse. Die CDU will, dass das alte Pflaster erhalten bleibt. Im Gegenzug sollen in die Modernisierung auch die kleinen Nebenstraßen der Altstadt einbezogen werden. Und aus Fußgängerzone am Grünen Röhler bringen die Christdemokraten eine Variante ins Spiel, mit der vor vier Jahren der damalige Oberbürgermeister Klaus Arndt schon diskutiert hatte. Nächstes Ziel: ganz am dem Verkehr zu stehen und den Fußgängern wieder den Weg über die Straße zu öffnen, statt sie weiter durch dieses permanente Drückloch zu schieben. Eine solche Lösung bringt mit Sicherheit zur Bekämpfung der Ökonomie bei und würde die Besucher auf Kaufverweise besser lenken“, die Fraktionschefin Christl Grise überzeugt. Eine grundlegende Sanierung und Erneuerung der Umfährung, die die CDU als Alternative vorschlägt, sei in vielen



Die Kaputtgänger sollen verbleiben, die alten Planungen sind aber nicht mehr relevant. Die Christdemokraten sind für eine Variante im Spiel, mit der vor vier Jahren der damalige Oberbürgermeister Klaus Arndt schon diskutiert hatte. Nächstes Ziel: ganz am dem Verkehr zu stehen und den Fußgängern wieder den Weg über die Straße zu öffnen, statt sie weiter durch dieses permanente Drückloch zu schieben.

Die Hürde für Änderungen liegt hoch

Bei der Erneuerung des Pflasters hört die Koalition auf. Die CDU will, dass das alte erhalten bleibt. Im Gegenzug sollen in die Modernisierung auch die kleinen Nebenstraßen der Altstadt einbezogen werden. Und aus Fußgängerzone am Grünen Röhler bringen die Christdemokraten eine Variante ins Spiel, mit der vor vier Jahren der damalige Oberbürgermeister Klaus Arndt schon diskutiert hatte. Nächstes Ziel: ganz am dem Verkehr zu stehen und den Fußgängern wieder den Weg über die Straße zu öffnen, statt sie weiter durch dieses permanente Drückloch zu schieben. Eine solche Lösung bringt mit Sicherheit zur Bekämpfung der Ökonomie bei und würde die Besucher auf Kaufverweise besser lenken“, die Fraktionschefin Christl Grise überzeugt. Eine grundlegende Sanierung und Erneuerung der Umfährung, die die CDU als Alternative vorschlägt, sei in vielen

Augen mit der zweitbesten Lösung. Alle ausgedachten Bauzeitzusammen sollen beitragen zur „Attraktivität“, parallel zu dem selbst gewählten Motto, dass die Christdemokraten in Sachen Neugestaltung künftiger Fußgängerzone wichtig und zentral „bleiben“ ist, die entsprechende Fußgängerzone zu erhalten. Die Hürden dafür liegen

hoch, wie die Fraktion bei einem Informationsgespräch im niedersächsischen Städtelandrat hat am Donnerstag mitgeteilt. Zwar sei es wünschenswert, die Planung zu verändern – dabei aber auch Vorrecht gelte. Dazu der von der Stadt eingesetzte Förderer sei von Ministerium sei nicht mit Fraktion besprochen und aufgrund der hohen Punktzahl als Förderwürdig eingestuft

worden. Ausschlaggebend für die „Noten“ seien die von der Umsetzung der Maßnahme erwarteten Auswirkungen gewesen, wobei Kriterien wie Nachhaltigkeit sowie Sicherheit und Schaffung von Arbeitsplätzen wesentliche Aspekte darstellten. Wenn Hameln durch Änderungen im Konzept einer ein Punktteil rutsche, die dies bei der Förderung nicht berücksichtigen könnten mit ihrem

Antrag erreicht habe, sei der Zwei-Millionen-Zuschuss so gut wie verloren und geht zu einer anderen Gemeinde. Was man den Umwohnern in Hameln auch unmissverständlich klar gemacht hat. Die EU als Geldgeber prüfe sehr genau, ob sich der Land bei der Bewertung nach Punkten an die Regeln gehalten habe.

Die Hamelner CDU möchte die Gesamtkosten für die Modernisierung der Fußgängerzone auf vier Millionen Euro begrenzen und plant offen dar. „Wir wissen nicht, wie teuer die Umsetzung unserer Ideen wäre“, Antragssteller können die Vorschläge ab abhin noch nicht.

Vom politischen Gegenüber erhofft sich die Union, dass er sich mit den Änderungen weitestgehend einverstanden. Dazu nach wenn der Bürgerentscheid am 19. April entscheidet können wir nicht einfach so verfahren wie bisher“, sagt Grise. Schon die 6000 Unterschriften aus dem Bürgerbeirat mit dem Punkt und Verwaltung zu den letzten gehen, bisweilen es im weiteren Verlauf der Planung noch zu Veränderungen kommen könne, die in der Öffentlichkeit nicht offen diskutiert.

Zweckbindend betreibt „Angewandte“

Ein Stopp aller Aktivitäten, wie ihn ein erfolgreiches Bürgerentscheid zwangsläufig zur Folge hätte, habe Grise für eine „Katastrophe“ gehalten mindestens 25 Prozent der Hamelner bei der Frage, sind Sie dafür, dass die Fußgängerzone der Stadt Hameln in ihrer jetzigen Form erhalten bleibt und nicht umgestaltet wird? mit Ja, dann befreite das anschließend abgestimmte für zwei Jahre. Nicht anders habe es der Bürgerentscheid das Wort laut sein. Wenn die Vertreter des Wahlkörpers ihren eigenen Willen anders interpretieren und sich als Befürworter einer moderneren Gestaltung präsentieren, dann handeln sie Angewandte“, so Grise.

Bild 39: Bericht der Dewezet vom 2. April 2009

HAMELN

Mittwoch, 8. April 2009

Grüne gehen jetzt auf Wünsche der Bürger ein

Natursteinpflaster auf dem Pferdemarkt soll erhalten bleiben / „Grüne Oasen“ für die Fußgängerzone

Hamelns toll. Weil die Parteien nicht mehr mitbringen, gehen die Christdemokraten in Hameln für vor zwei Wochen auf Distanz zum Konzept für die Neugestaltung der Fußgängerzone und kündigte Vorschläge für eine kleinere Lösung an. Generell gelte die Fraktionspolitik, Überforderungen vor sich zu gehen. „Versuch, etwas zu tun, was von einer breiten Mehrheit mitgetragen wird“, ist die neue Prämisse. Die CDU will, dass das alte Pflaster erhalten bleibt. Im Gegenzug sollen in die Modernisierung auch die kleinen Nebenstraßen der Altstadt einbezogen werden. Und aus Fußgängerzone am Grünen Röhler bringen die Christdemokraten eine Variante ins Spiel, mit der vor vier Jahren der damalige Oberbürgermeister Klaus Arndt schon diskutiert hatte. Nächstes Ziel: ganz am dem Verkehr zu stehen und den Fußgängern wieder den Weg über die Straße zu öffnen, statt sie weiter durch dieses permanente Drückloch zu schieben. Eine solche Lösung bringt mit Sicherheit zur Bekämpfung der Ökonomie bei und würde die Besucher auf Kaufverweise besser lenken“, die Fraktionschefin Christl Grise überzeugt. Eine grundlegende Sanierung und Erneuerung der Umfährung, die die CDU als Alternative vorschlägt, sei in vielen



Ob Gegen oder Befürworter der Idee, um das Pflaster zu erhalten, die Entscheidung soll im Bürgerentscheid am 19. April stehen. Foto: Dana

„Nur wenige an der Parteientscheid liegt die Bürgerentscheidung der Fußgängerzone in der Hand. Die Christdemokraten sind für eine Variante im Spiel, mit der vor vier Jahren der damalige Oberbürgermeister Klaus Arndt schon diskutiert hatte. Nächstes Ziel: ganz am dem Verkehr zu stehen und den Fußgängern wieder den Weg über die Straße zu öffnen, statt sie weiter durch dieses permanente Drückloch zu schieben. Eine solche Lösung bringt mit Sicherheit zur Bekämpfung der Ökonomie bei und würde die Besucher auf Kaufverweise besser lenken“, die Fraktionschefin Christl Grise überzeugt. Eine grundlegende Sanierung und Erneuerung der Umfährung, die die CDU als Alternative vorschlägt, sei in vielen

den dies immer wieder präsentieren fällen nicht mehr mündelnden vorliegen. Für die Ökonomie und die Bekämpfung der Ökonomie ist es notwendig, dass zwei möglichen Erhalt und die Erneuerung der Umfährung, die die CDU als Alternative vorschlägt, sei in vielen

Methoden möchten die stellen auf und Anlagen in schärfen, um sie die denkbar bestmögliche Lösung. Viele Bürger fühlen sich in dem Konzept nicht so frei und sind unzufrieden. Nicht zuletzt verurteilt die Umfährung (insbesondere Kosten, aber darüber auch ein Thema sind, ist es wertlos. Die Grünen wollen, dass die Fußgängerzone für die Fußgänger und die Bürger offen bleibt, um überleben zu können, so wiederum können auch weitere Probleme bei der Umsetzung über Ökonomie und Klimawandel zu berücksichtigen. Der Tunnel offen lassen und erhalten, werden Weg für Menschen bekommen. Um Maßnahmen für die Vorschläge in den Grünen nicht lassen. Laut Wilmann sind die Christdemokraten SPD und FDP ebenfalls bereit, über die von uns vorgeschlagenen Änderungen nachzudenken.“

KOMMENTAR

Besser spät als gar nicht

Von **BRUNNEN** HANSEN

Manche Bürger sind ein bisschen unzufrieden mit dem Konzept, was man die Gemeinde dazu überlassen hat. Aber es lohnt sich, gerade jetzt, wenn die Entscheidung über die Umgestaltung der Fußgängerzone steht. Die Christdemokraten sind für eine Variante im Spiel, mit der vor vier Jahren der damalige Oberbürgermeister Klaus Arndt schon diskutiert hatte. Nächstes Ziel: ganz am dem Verkehr zu stehen und den Fußgängern wieder den Weg über die Straße zu öffnen, statt sie weiter durch dieses permanente Drückloch zu schieben. Eine solche Lösung bringt mit Sicherheit zur Bekämpfung der Ökonomie bei und würde die Besucher auf Kaufverweise besser lenken“, die Fraktionschefin Christl Grise überzeugt. Eine grundlegende Sanierung und Erneuerung der Umfährung, die die CDU als Alternative vorschlägt, sei in vielen



Brunnen Hansen

Bild 40: Bericht der Dewezet vom 8. April 2009

11. April: "Protestputzen" in der Fußgängerzone

Auch im April fanden noch einige Veranstaltungen zur Bürgerinformation hinsichtlich des bevorstehenden Bürgerentscheids statt. Ein Höhepunkt der Arbeiten des Zweckbündnisses war das "Protestputzen" in der Fußgängerzone am 11. April, mit dem die Hamelner Bürger auf spaßige Art und Weise über den bevorstehenden Bürgerentscheid informiert wurden. Insbesondere die frech-witzigen Auftritte von Agathe sorgten für einen hohen Spaßfaktor (s. Bild 42).



Bild 41: Protestputzen in der Fußgängerzone und der Auftritt von Agathe

Besondere Aufmerksamkeit fanden eine Diskussionsrunde am 16. April in den Räumen der Dewezet (s. Bild 42) und eine Podiumsdiskussion am 18. April mit Radio aktiv in der Fußgängerzone.



„Bürgerentscheid funktioniert über Emotionen“

Erstes Dewezet-Stadtgespräch stößt auf großes Interesse / Keine Annäherung der Standpunkte

Hamel (nl). „Ein Bürgerentscheid polarisiert, das liegt in der Natur des Instrumentes. Und Bürgerentscheide funktionieren über Emotionen, nicht über sachliche Diskussionen.“ Zumindest auf einen Teil des Publikums, das gestern Abend das erste Dewezet-Stadtgespräch verfolgte, traf diese Analyse von Jens Imorde am Ende der Veran-

staltung zu. Imorde ist Geschäftsführer der Initiative „Ab in die Mine“ und saß als unabhängiger Experte für Innenaufentwicklung mit auf dem Podium. Die Teilnehmer der Diskussionsrunde bemühten sich dennoch um Sachlichkeit, wobei eine Annäherung der Positionen zwischen den Befürwortern und Gegnern der

Fußgängerzonen-Erneuerung nicht mitzumachen war. Ralf Hermes und Tobias Matzer als Vertreter des Zweckbündnisses auf der einen, Oberbürgermeisterin Susanna Lippmann, Uwe Schwarzmann (Sprecher der SPD-FDP-Grüne-Mehrheitsgruppe) und Claudio Grise (CDU-Fraktion) auf der anderen Seite beharrten auf ihren Stand-

punkten. Einige der Bürgerlisten-Vorsitzende Fritz Rieger zeigte sich bis zum Ende unentschlossen und bekannte erst auf Nachfrage: „Ich stimme beim Bürgerentscheid wohl mit ja.“ In einem Punkt herrschte jedoch Einigkeit: Unabhängig vom Ausgang des Bürgerentscheides muss zukünftig beim Thema Fußgängerzone die

Kommunikation zwischen allen Beteiligten gefördert und in konstruktive Bahnen gelenkt werden. Letzteres schrieb vor allem Imorde den Kontrahenten ins Stammbuch. Bei einer stärkeren Bürgerbeteiligung „wird es viele Vorschläge geben, die nicht umgesetzt werden können. Aber man muss dann auch erklären, warum nicht.“

Bild 42: Dewezet-Bericht über die Diskussionsrunde am 16. April

19. April: Bürgerentscheid

Die Wahl zum Bürgerentscheid fand am 19. April 2009 statt. Leider war die Wahlbeteiligung mit 29% sehr schlecht. 11.316 Bürger stimmten mit Ja und damit gegen eine teure Fußgängerzonenanierung. Für die erforderlichen 25% fehlten dem Zweckbündnis damit 412 stimmen. Obwohl sich über 80% der Wähler gegen eine Sanierung aussprachen, ist der Bürgerentscheid gescheitert. Trotzdem sind die über 11.000 Ja-Stimmen als Erfolg zu werten und ein deutliches Zeichen in Richtung Politik und Verwaltung. Die folgende Grafik zeigt die prozentualen Ergebnisse des Bürgerentscheids.

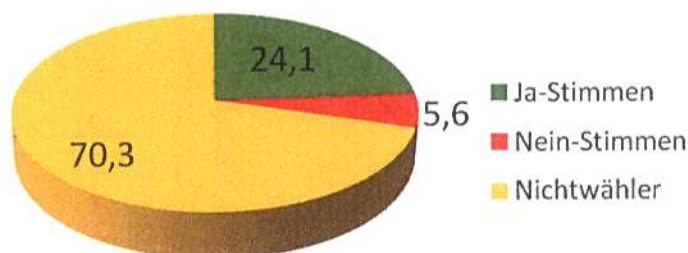


Bild 43: Ergebnis des Bürgerentscheids

Als Konsequenz aus den über 11.000 Stimmen gegen eine Sanierung der Fußgängerzone wird von der Verwaltung ein Forum zur Beteiligung der Bürger an den Planungen zur Sanierung der Fußgängerzone angekündigt (s. Bild 44).

4. Mai: Arbeitstreffen Zweckbündnis

Am 4. Mai fand das erste Arbeitstreffen des Zweckbündnisses nach dem Bürgerentscheid statt. Im Mittelpunkt stand die Frage, ob das Zweckbündnis nun aufgelöst werden soll oder ob eine weitere Zusammenarbeit denkbar ist. Alle Beteiligten waren sich einig, dass das Zweckbündnis auch weiterhin die Arbeiten der Stadtverwaltung bezüglich der Fußgängerzone, aber auch hinsichtlich des Museumsumbaus, Spielmöglichkeiten usw. kritisch begleiten soll. Durch die Teilnahme an den Ratssitzungen wird das Handeln von Rat und Verwaltung auch weiterhin verfolgt.

Freitag, 15. Mai 2009

HAMELN

„Notfalls ändern wir auch den Ratsbeschluss“

Lippmann kündigt Forum zur Fußgängerzone an / 75 Teilnehmer sollen Vorschläge einbringen

Hamel (HW). Bei der Planung der Fußgängerzone setzt die Stadt Hameln jetzt auf einen verstärkten Dialog mit den Bürgern. Sie sollen in einem „Forum Fußgängerzone“ mit Experten Vorschläge erarbeiten, wie die Planung weiterentwickelt werden kann. Ein externer Moderator soll die Veranstaltung leiten. Dieses Vorgehen hat Oberbürgermeisterin Susanne Lippmann jetzt mit den Spitzen der Fraktionen abgestimmt.

„Wir können nicht weitermachen wie bisher“, sagt die Verwaltungschefin. Bereits unmittelbar nach den knapp gestrichelten Bürgerentscheid hatte sie angekündigt, Bürgerinnen und Bürger stärker als bisher einbinden zu wollen. Nun lässt die OB Taten folgen. Noch bevor Fakten geschaffen werden, sollen sich Interessierte einbringen können. „Dabei geht es zunächst wieder eine gemeinsame Basis zu finden“, so Lippmann.

Geplant ist, dass etwa 75 Teilnehmer im „Forum Fußgängerzone“ mitarbeiten. Interessierte Bürger sollen nach dem Willen der Stadt die größte Gruppe stellen. Ebenso sollen Vertreter der im „Zweckbündnis“ engagierten

Gruppen, Anliegervereiner, Schüler, Ratsmitglieder und Mitarbeiter der Verwaltung dabei sein. „Über die Modalitäten werden wir im Detail noch reden“, sagt Erster Stadtrat und Baudezernent Eckhard Koss. Er ist bereits im Gespräch mit einem Fachmann, der über umfangreiche Erfahrungen auf dem Gebiet der Moderation und Mediation verfügt. Einen Namen wollte Koss noch nicht nennen, er sei jedoch optimistisch, einen Experten präsentieren zu können, der von allen akzeptiert wird.

Zum Ablauf des „Forums Fußgängerzone“ hat der Moderator feste Vorstellungen: Im Mittelpunkt soll eine strukturierte Diskussion in Kleingruppen stehen. Grundlage sind die geplanten Gestaltungspläne in den drei Abschnitten Pferdemarkt, Oster- und Bäckereistraße. Am Ende soll gemeinsam ein Resümee erarbeitet werden. „Wichtig ist es mir, einen möglichst breiten Konsens zu erzielen“, gibt Lippmann das Ziel vor.

Das Ergebnis soll keine Farce sein

Das Ergebnis des Forums will die Rathaus-Chefin nach eigenem Bekunden sehr ernst nehmen: „Wir wollen uns nicht den Vorwurf machen lassen, die Beteiligung der Bürger sei nur eine Farce ge-



Die Planung für den Pferdemarkt steht zur Disposition

Foto: Dana

FDP fordert eine Bürgerversammlung

Heute Gespräch mit Moderatoren-Team

wesen.“ Das Forum, so Lippmann, dürfe keine Alibi-Veranstaltung sein. Daher solle die Diskussion offen geführt werden – mit der Folge, dass möglicherweise auch der Ratsbeschluss vom 18. Februar dieses Jahres zur Disposition stehe. Darin hatten die Ratsmitglieder mehrheitlich der Ausführungsplanung für den Bereich Pferdemarkt zugestimmt.

Es müsse allerdings von allen Beteiligten akzeptiert werden, dass der Rat auch weiterhin das letzte Wort habe, betont die Oberbürgermeisterin unter Hinweis auf die Niedersächsische Gemeindeordnung. Sie sichert jedoch zu, dass vor Abschluss des Forums, das noch vor der Sommerpause stattfinden soll, keine Bagges anrücken. „Sonst würde sich ja jede Diskussion erübrigen.“ Die Bürgerbeteiligung soll nach den Worten Susanne Lippmanns auch nicht mit der geplanten Veranstaltung enden. „Es ist der Startpunkt und eine große Chance für Hameln.“

Hamel (HW). Nähere Details zum „Forum Fußgängerzone“ hat Eckhard Koss gestern während der Sitzung des Ausschusses für erneuerbare Energien, Bau und Umwelt bekannt gegeben. Nach Darstellung des Ersten Stadtrats finden am heutigen Freitag detaillierte Gespräche mit dem Moderatorenteam statt. Das eigentliche Forum soll dann im Juni rund vierzehntägig tagen. Konzepte sollen zunächst in Kleingruppen erarbeitet und dann im Plenum vorgestellt werden. Interessierte Bürger will Koss über einen Presseauftrag rekrutieren. „Es ist eine ganz schwierige Aufgabe“, erklärte der Baudezernent und warb um Unterstützung aus der Politik. „Ein Versuch, der sich gut anhört. Was dabei rauskommt, wissen wir alle noch nicht“, meinte Uwe Schoormann (SPD). Ralf Heres (Zentrum) regte an, im Vorfeld der Forum zusätzlich eine Bürgerversammlung einzuberufen und den Bürgern die Möglichkeit einer schriftlichen Stellungnahme an die Verwaltung einzuräumen. Unterstützung bekam die Initiative von der Bürgerliste. „Die Teilnehmer des Forums sollten in der Bürgerversammlung bereits vorgestellt werden, damit sich die Leute an die Beteiligten wenden können“, unterstützte Albrecht Grabe. Und Claudio Grisse (CDU) erklärte: „Nun haben wir die Möglichkeit, mit dem Bürger ins Gespräch zu kommen.“

KOMMENTAR

Wie soll das gehen?

Von Britta Dewezet

Es liest sich so leicht, was die Oberbürgermeisterin ankündigt, doch wer einen Moment darüber nachdenkt, erkennt, welche Herausforderungen dahinter stecken. Allen, „die investierten Bürger“ an Tausenden möglichen anzuschließen, zu einer Sicherstellung zu wollen, dieses Mal wirklich alle ins Boot zu holen, eine weitere, die einen enormen Druck bei den (endlich eben doch) Verantwortlichen verursachen dürfte. Die Kapte „auf Null“ zu stellen und von bisherigen Planungen zu

befreien, um ergebnisoffen zu sein, ist zudem für Politik und Verwaltung wie für die Bürger ein großer Akt. Gelingt er – wirklich eine große Chance! Doch dann stolpert man über das, was der Erste Stadtrat ankündigt: Ein Forum, das gerade einmal vierzehntägig dauern soll. Um an Ende eine von allen getragene Lösung zu haben, die Rat, Verwaltung und Anwohner in über vier Jahren nicht gefunden haben? Wie soll das gehen? Hoffentlich kann die Hee mehr helfen, als sie auf den ersten Blick verspricht.

b.wulf@dewezet.de

Bild 44: Dewezet Bericht über das geplante Forum zur Fußgängerzone

16. Juni: Arbeitstreffen Zweckbündnis

Am 16. Juni wurde im Rahmen eines Arbeitstreffens des Zweckbündnisses im Natur- und Umweltschutzzentrum das Vorgehen bei dem Forum zur Fußgängerzonensanierung besprochen. Von allen Teilnehmern wurde die Befürchtung geäußert, dass diese Veranstaltung dazu dienen könnte, die bisherigen Planungen unverändert durchzusetzen.

22. Juni: Forum Fußgängerzone

Am 22. Juni fand das Forum zur Sanierung der Hamelner Fußgängerzone statt. Vom Zweckbündnis nahmen Ralf Hermes, Tobias Matter, Julia Maulhart und Stefan Reese an dem Forum

teil. Auf der von R. Drees moderierten Veranstaltung wurde kein gemeinsamer Nenner gefunden (s. Bild 45 und Bild 46).

Mittwoch, 24. Juni 2009

Ergebnislos und enttäuschend: Bürger-Forum

Vierstündige Veranstaltung zur Fußgängerzone / Meinungsvielfalt und kein gemeinsamer Nenner

Hameln (ni). Was soll nun werden mit der Hamelner Fußgängerzone und wie soll sie werden? Wer sich vom „Forum Fußgängerzone“ eine richtungweisende Antwort erhofft hatte, wurde bitter enttäuscht. Das Ergebnis nach drei Stunden Information und einer Stunde Diskussion in Kleingruppen war enttäuschend: Es gab keine „Auch wenn wir sechs Stunden diskutiert hätten, wären wir nicht weitergekommen“, fasste ein sichtlich frustrierter Moderator Reinhard Drees am Ende den Ausgang der Veranstaltung im Hotel Stadt Hameln zusammen.

Eingefunden hatten sich 42 Hamelner Bürger, zehn Ratmitglieder, fünf Mitarbeiter der Verwaltung, je fünf Vertreter der im Zweckverband organisierten Kritiker sowie der Anlieger und Einzelhändler aus der Fußgängerzone und drei Schüler. Die einen waren angeregt, um „vor allem eine preiswerte Lösung“ für die Neugestaltung der Fußgängerzone zu suchen, die anderen wollten „qualitativ hochwertige“ und die dazwischen wollten dieses und jenes mehr Grün oder auch nicht zu viel, kein neues Plaster oder doch „begehrte Platten“; überall historisierende Lampen oder auch „blöde nicht“. Die einen sagten ja zur Modernisierung, „aber nicht in der seelenlosen Form, wie von der Architektin Frau Deeken vorgeschlagen, sondern niveauvoll, zeitgemäß und mit Rücksicht auf die historischen Fassaden“; die anderen fänden, Hamelns Altstadt hat schon so viel Charme, dass mehr Blumen an den Häusern ausreichen, um die „Wohlfühlmosphäre“ noch zu steigern.

Aus diesen heterogenen Vorstellungen ein homogenes Meinungsbild herauszuarbei-



Der Moderator Reinhard Drees hatte sich ein anderes Resultat von der Veranstaltung erhofft.

Foto: Wal

ten – Moderator Drees ahnte es bereits kurz nach Beginn der Veranstaltung – komme der Quadrant des Kreises gleich; und wurde vorsichtig mit seiner Prognose, was das Ergebnis des Forums angeht: „Mal sehen, ob wir das hinkriegen.“

Alles, was die Teilnehmer von sich gaben, wurde feinsäuberlich auf großen Bögen Papier notiert. Auch später in den Kleingruppen spielten Papier und Filzstift eine wichtige Rolle. Keine Stimme, keine Anregung, kein Wunsch sollte verloren gehen. Doch über das Sammeln von Statements ist offenbar kaum eine Gruppe hinausgekommen. Andreas Holstein, Mitglied des

Drees-Teams, fasste das Dilemma so zusammen: „Es wurden festgefahrene Positionen ausgetauscht. Die Bereitschaft zuzuhören und auf die Argumente des anderen einzugehen, war nur gering.“ Immerhin: Zwei Gruppen plädierten geschlossen dafür, mit der Neugestaltung in der Osterstraße statt am Pferdemarkt zu beginnen; eine Gruppe einigte sich auf die Formel: Zwischen der Forderung nach mehr Grün und der nach Freihaltung der Fassaden soll ein Kompromiss gesucht werden.

„Wir sind keinen Schritt weiter gekommen“, stand am Ende für Ralf Hermes fest. Den Moderatoren sei es nicht gelungen, die gegensätzlichen

Pole zusammenzuführen. Und die Stadt sei mit ihrem Plan, „von dem Forum ein einheitliches Votum zu kriegen, gescheitert“, so der Sprecher des Zweckverbandes und BUND-Vorsitzende.

Fortsetzung nach den Sommerferien

Mehr erhofft hatte sich auch Wolfgang Kaiser von der Veranstaltung. Der städtische Fachbereichsleiter gewann dem Abend aber durchaus einen positiven Aspekt ab: Die keiner Interessensvertretung zugehörigen Bürger hätten die Blockbildung zwischen den organisierten Gegnern und Befürwortern „erwas aufgelöst“.

Nach den Sommerferien soll es eine Fortsetzung des Forums geben. Das Gremium erklärte sich bereit, daran mitzuwirken. Das Ziel für diesen zweiten Durchgang gab Oberbürgermeisterin Susanne Lippmann vor: Angesichts der Vielzahl von Meinungen zu einer Vielzahl von Themen erwarte sie als Ergebnis kein geschlossenes Meinungsbild. Sie wünsche sich aber, dass danach jeder Teilnehmer „gründlich nachvollziehen kann, warum diese oder jene Entscheidung zur Neugestaltung der Fußgängerzone gefällt wird, auch wenn sie der eigenen Vorstellung nicht hundertprozentig entspricht“.

Bild 45: Bericht der Dewezet über das Forum zur Fußgängerzone vom 24. Juni 2009

KOMMENTAR

So einfach geht es nicht

VON BRIGITTE NIEMEYER

Im Laufe der endlos währenden Debatte um die Hamelner Fußgängerzone haben sich die Positionen verhärtet. Organisierte Gegner sind erklärte Befürworter suchen schon lange nicht mehr das Gespräch miteinander, sondern sind nur noch darauf bedacht, ihre Macht zu behaupten.

Zwischen den beiden Blöcken stehen die Bürger, die sich weder auf der einen noch auf der anderen Seite wiederfinden. Das Forum hat sie zusammengeführt – und trotzdem ist nichts Greifbares dabei herausgekommen. Wie auch? Haben Rat und Verwaltung allen Ernstes gehofft, 45 Bürger könnten die abgesteck-

ten Fronten aufweichen? Hat der Moderator allen Ernstes daran geglaubt, innerhalb von vier Stunden das Porzellan kitten zu können, das in den Jahren zuvor zerschlagen wurde? So einfach geht es eben doch nicht bei einem Thema mit so vielen Facetten. Und schon gar nicht mit einem Moderator, der merkwürdig desinteressiert wirkte; mit einer Architektin, die ihr Konzept leidenschaftlos präsentierte. Und einem Veranstaltungsaufbau, der die Geduld der Anwesenden mit fast drei Stunden Information strapazierte, aber nur eine Stunde Zeit für die Meinungsfindung ließ. Das ist viel zu wenig.

b.niemeyer@dewezet.de

Bild 46: Kommentar von Brigitte Niemeyer in der Dewezet vom 24. Juni 2009

1. Juli: Arbeitstreffen Zweckbündnis

Am 1. Juli fand ein Arbeitstreffen nach dem Bürgerforum der Stadt statt. Es herrscht die einhellige Meinung, dass es sich bei dem Forum um eine reine Alibiveranstaltung von Verwaltung und Politik handelt. Dies geben auch die Leserbriefe in der Dewezet vom 4. Juli 2009 wieder (s. Bild 47). Es wurden weitere Aktionen des Zweckbündnisses besprochen.

Nur auf Zeit

Zu „Ergebnislos und enttäuschend: Bürger-Forum“ und „So einfach geht das nicht“ vom 24. Juni

Das stimmt nun aber gar nicht, was man uns da so „nebenbei“ unterjuchelt will. Der Bürger steht nicht zwischen zwei Fronten, sondern er bildet selbst die eine Front und zwar sogar eine große. Er ist unmissverständlich gegen die teure „Modernisierung“. Alles andere sind Sachfragen.

Herr Hermes hat völlig Recht. Ein Weiterkommen und ein positives Ergebnis gab es nicht. Das wird man erst dann erreichen, wenn die Verwaltung endlich ihre alten, von der Bevölkerung abgewaschenen Positionen aufgibt und sich mit den Vorstellungen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung auseinandersetzt und arrangiert. So, wie es in einer Demokratie üblich ist.

Solange man versucht, den Bürgern Unwissenheit einzureden, wo man selbst Dummheiten oder Dummdinge begeht, wird man niemals zu einem Konsens kommen können.

Alle Parteien im Hamelner Rat (denn eine Opposition gibt es in dieser Angelegenheit nicht) sollten sich vor Augen führen, dass sie die Macht nur auf Zeit gepachtet haben und nicht auf Dauer. Würde das überparteiliche Zweckbündnis sich wirklich „organisieren“ kann man schon mal Wetten abschließen, in welcher Stärke es im nächsten Rat vertreten sein würde. Wenn Bürger unterschiedliche Meinungen äußern, ist das enttäuschend, wenn sie alle das Gleiche wollen, spricht man von organisierten Bürgern. Es wäre besser, wenn man dazu übergehen würde, sie mündig zu nennen.

Beimo Scharf, Hameln

Moderator schlecht vorbereitet

Zu „Ergebnislos und enttäuschend: Bürger-Forum“, vom 20. Juni

Alibiveranstaltung, das ist das richtige Wort für diese Veranstaltung! 11400 Bürger wurden ignoriert. Der Moderator hat ihre Meinung mit Füßen getreten, denn er hat lediglich die Planung von der Architektin Deeken zur Abstimmung gestellt.

Aber ohne die mündigen Bürger. Zwei von drei Gruppen weigerten sich diesem (von der Stadt?) vorgefertigten Abstimmungsbogen zuzustimmen. Gut so!

In der dritten Gruppe drängten die Ratsmitglieder Koss und Wehrmann zur Abstimmung. Wählte die Stadt diese vorgefertigte Meinung erzwingen und das gegen die Meinung der Bürger? Der Moderator war sehr schlecht

vorbereitet, denn ihm war nicht bewusst, dass es noch eine andere Meinung gab als die Vorschläge von Frau Deeken, nämlich die Meinung von 11400 Bürgern, die beim Bürgerentscheid ihre Stimme gegen eine Sanierung der FGZ erhoben.

Meine Befürchtung ist, dass bei der zweiten Veranstaltung entweder wieder versucht wird, die Bürgermeinung zu manipulieren oder aber, das eine eventuell mangelnde Einigungsfähigkeit dazu missbraucht wird, um selbst über die Köpfe der Bürger hinweg eine hochwertige und kostspielige Sanierung der FGZ zu bestimmen und den Bürger als unfähig hinzustellen.

Aber nicht mit uns (mündigen Bürgern)!

Julia Maulhardt,
Hameln

Vorwurf geht an die Verwaltung

Zu „Ergebnislos und enttäuschend: Bürger-Forum“ und Kommentar „So einfach geht es nicht“, vom 25. Juni sowie „Keine Frage soll unbeantwortet bleiben“, vom 26. Juni

Als erstes geht der Vorwurf an die Verwaltung, die bis heute ihre Schuldscheiben nicht gemacht hat und außerdem den Bürger erst jetzt in einer „Alibi-Veranstaltung“ mitnehmen will. Die ganze Veranstaltung am 22. Juni war eine Farce. Wie kann ein erfahrener Moderator so blauäugig sein, alle Bürger in einer Stunde zu einer Meinung zu bringen. Warum hat man die angeblichen „Blockierer“ nicht längst zu einer konstruktiven Mitarbeit eingeladen, wozu diese bereit gewesen wären; aber nein, sie werden gemieden wie die Pest. Es könnte ja sein, dass die Damen und Herren von Rat und Verwaltung von ihrem hohen Ross herunter kommen müssten. Die „Blockierer“ (Herr Koss

meint damit das Zweckbündnis) wollen vor allem eines, dass die ganze Altstadt einbezogen wird, dass das Pflaster bleibt, Ausbesserungsarbeiten gemacht werden, Grün und Bäume erhalten bleiben, und Geld gespart wird, damit keine weiteren Schulen gemacht werden müssen. Dieses ganze Konzept hat der Bürger sehr wohl verstanden, Herr Koss, das beweist der Bürgerentscheid mit 11316 Ja- zu 2604 Nein-Stimmen.

Sieglinde Schulze, Hameln

Anmerkung der Red.: Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe anwährend zu kürzen. Alle Leserbriefe müssen Namen und Adresse des Autors enthalten. Eine Lesermeinung sollte 30 Manuskriptzeilen (ca. 36 Ausschläge pro Zeile) nicht überschreiten. Leserbriefe auf Leserbriefe werden nicht veröffentlicht. Unser Leserbrief soll kein Platz für persönlichen Schlagabtausch.

Bild 47: Lesebriefe zum Forum Fußgängerzone in der Dewezet vom 04. und 07. Juli 2009

11. Juli: Infostand des Zweckbündnisses in der Fußgängerzone

Am 11. Juli wurde wieder ein Informationsstand in der Fußgängerzone aufgebaut, wobei die Bürger gebeten wurden, ihre Meinung zur Sanierungsplanung in so genannten Meinungspflastersteinen aufzuschreiben (s. Bild 48). Auf einer Tapetenrolle wurden von den Bürgern auf einer Länge von 11,8 m insgesamt 184 Meinungspflastersteine aufgetragen (s. Bild 49).



Bild 48: Meinungsäußerung in Form von Meinungspflastersteinen am 11. Juli in der Fußgängerzone



Bild 49: 11,8 m Tapete mit Meinungspflastersteinen

13. August: Gespräch von Vertretern des Zweckbündnisses und der Verwaltung

Das Gespräch zwischen Vertretern des Zweckbündnisses und der Verwaltung bestätigte die Einschätzung, dass die geplante Fußgängerzonensanierung umgesetzt werden wird. Die Beteiligung der Bürger im Forum hat somit lediglich Einfluss auf die Gestaltung einzelner Elemente.

18. August: Arbeitstreffen Zweckbündnis

Inhalt dieses Arbeitstreffens war der an die Verwaltung gerichtete Fragebogen bezüglich der Fußgängerzone, der inzwischen beantwortet vorlag, und das weitere Vorgehen bei der 2. Veranstaltung des Forums Fußgängerzone.

24. August: Forum Fußgängerzone

Die Vertreter des Zweckbündnisses haben an dieser Veranstaltung nicht mehr teilgenommen, da die Verwaltung am 13. August bestätigt hat, dass eine komplette Sanierung der Fußgängerzone in jedem Fall durchgeführt wird und damit eine Einflussnahme im Sinne der Interessen des Zweckbündnisses nicht mehr möglich ist. Die Mitglieder des Zweckbündnisses haben aber vor der Veranstaltung ihre Gründe für die Absage dargestellt und den Verlauf der Veranstaltung vor Ort abgewartet. Damit ist die Arbeit des Zweckbündnisses vorerst beendet, wobei aber weitere Treffen im Zusammenhang mit der Entwicklung in Hameln vorgesehen sind.

16. Oktober: Dewezet-Bericht über Einsparungen im städtischen Haushalt

Am 16. Oktober wurden Auszüge aus einem Papier der Stadt zur Sanierung des städtischen Haushalts in der Dewezet veröffentlicht (s. Bild 50). Einsparungen an Schulen, Kindergarten, kulturellen Einrichtungen, der Solarförderung usw. sind geplant. Angesichts der finanziellen Situation der Stadt bleibt die geplante Millionenausgabe zur Sanierung der Fußgängerzone zumindest kritisch zu bewerten.

Freitag, 16. Oktober 2009



43 Mitglieder zählt der Hamelner Rat. Mit einer Verkürzung des Gremiums auf das gesetzliche Mindestmaß könnte die Stadt jährlich 43.000 Euro sparen.

Foto: Dana

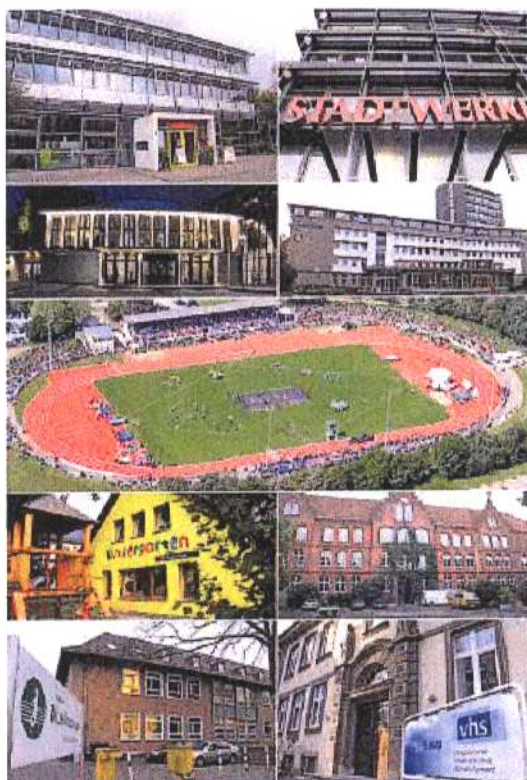
Selbst dem Rat könnte es an den Kragen gehen

Geheimpapier der Verwaltung zeigt Möglichkeiten zur Sanierung des städtischen Haushaltes auf

Hamel (wl). Die Kuratormehrheit hat die Stadt Hameln zum Nachdenken veranlasst. Zwei geschäftige die Ratgeber Ende April das Haushalts 2009, gab Rat und Verwaltung zugleich über auch eine Stadtrat auf nämlich ein ordentliches Konzept für die Sanierung der städtischen Finanzen aufzustellen. Und in diesem „Haushaltskonsolidierungskonzept“ detailliert aufzuzeigen, wie das Haushaltsdefizit von derzeit 5,3 Millionen Euro abgebaut und die Fortführung neuer Fälligkeiten in den Folgejahren vermieden werden soll. Nachdem sich der Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung in etlichen Runden hinter verschlossenen Türen dem Thema widmete, hat die Verwaltung jetzt eine elf Seiten lange Darstellung von Vorschlägen zusammengestellt, wie sich sowohl die Einnahmen der Stadt erhöhen als auch die Ausgaben verringern ließen. An welchen Stellenmaßnahmen letztlich gedacht werden soll, muss der Politik erst überlegen. Kommissarische Diskussionsübertragungen über den Sachverhalt sind schwerlich zu vermeiden. Die Entscheidung über die Erhöhung von Gewerbesteuer und Kita-Gebühren über die Verkürzung des Rates bis hin zur Abschaffung der Ortsräte und Stadtämter bei der Kultur sind programmatisch.

Dass sich eine Mehrheit für die Anhebung der Kita-Gebühren findet, ist vor dem Hintergrund der allenthalben hochgehaltenen Bedeutung von Bildung und Erziehung kaum zu erwarten. Und angesichts des immer noch andauernden Wirtschaftslapses wird sich die Politik vermutlich hüten, die bereits im Unternehmen noch zusätzlich mit einem höheren Gewerbesteuer-Höhenatz zu belasten. Für eine Abschnürung der Ortsräte wären vermutlich nur die Grenzen und die Bürgerliste zu gewinnen. Bei den Einsparungen, die die Verwaltung mit einbringen will, dürfte der Widerstand der Politik dagegen gering ausfallen, wenn es dem Rat selbst an den Kragen geht und er Farbe bekennen muss zu Vorschlägen wie Kürzung der Fraktionsmittel oder Verkürzung des Gremiums.

Noch wird die Liste wie ein Geheimpapier behandelt, das nicht einmal allen Fraktionsmitgliedern zur Verfügung steht. Der Redaktion liegt vor folgende Maßnahmen und ihre in ihnen schätzbaren Po-



Schulen, Kindergärten, Theater, Sport, Stadtwerte, vhs, Musikschule, Stadtkultur - die Liste der potenziellen Sparmöglichkeiten ist lang.

- Erlös einer Straßenanbahnungsmaßnahme (170.000 Euro)
- Auswertung oder Streichung des 230.000-Euro-Programms zum Ausbau von Kita-Plätzen (2.250.000 Euro)
- Halbierung der Mittel für Renovierungs- und Sanierungsarbeiten an Schulen (2.250.000 Euro)
- Streichung des Programms zur Sportplatzreparatur (10.000 Euro)
- Kürzung des Schulbudgets von 360.000 Euro um 25 Prozent (900.000 Euro)
- Kürzung des jährlichen Zuschusses an die Hameln Marketing und Promotions GmbH in Höhe von

- 167.000 Euro um 9000 Euro
- Kürzung des Zuschusses an den Stadtmarketing- und Verkehrsverein (100.000 Euro)
- Einsparungen im Rathaus bei Honorarvertrag, Zeitschriften, Reisekosten, Dienstwagen und Unterhaltung des beweglichen Vermögens (22.300 Euro)
- Optimierung des Zusammenzugs (4370 Euro)
- Anhebung der Verwaltungsgebühren für die Bearbeitung von Auslieferungsangelegenheiten und Reduzierung des Aufwandes für Umrüstung (6000 Euro)
- Erhöhung Handwerker

- (2000 Euro)
- Erhöhung Vermögensgegenstände (5000 Euro)
- Kürzung der Mittel für Fortbildung von Verwaltungsmitarbeitern von 18000 auf 13000 Euro
- Wegfall des Vorstandes der Lokalmotoren (14000 Euro)
- Reduzierung des Zuschusses für das „Hamelner Forum“ (4000 Euro) oder Verzicht auf das Hamelner Forum (2000 Euro)
- Verzicht auf das Hamelner Forum (2000 Euro)
- Reduzierung der Zuschüsse für kulturelle Veranstaltungen und soziale Projekte (8000 Euro)
- Reduzierung von Ausstellungen des Archivs (7000 Euro)
- Einsparungen bei der Jugendmusikschule (14000 Euro)
- Reduzierung des Werbeteils des Hamelner Theaters (13600 Euro)
- Reduzierung des Theaterprogramms (10000 Euro)
- Erhöhung der Vergütungsgewinne an den Kita auf 1,50 Euro (10000 Euro)
- Einsparungen beim Jugend- und Seniorenklub (14100 Euro)
- Halbierung der Werbaussgaben für das Wohngebiet Hatzbergfeld (10000 Euro)
- Erhöhung des Erdbebensilos (7000 Euro)
- Neuverhandlung der Werkstattpakete mit zwischen Stadtwerken und Feuerwehr mit dem Ziel, 46000 Euro einzusparen
- Schließung oder Übertragung der Jugendkutschschule an Dritte (30800 Euro)
- Erhöhung der Kita-Gebühren (300.000 Euro)
- Verzicht auf den Verzicht von Erziehungsgeldern für Gewerbesteuerliche (100.000 Euro)
- Einsparungen beim Unterhalt von Frei- und Grünflächen (90000 Euro)
- Streichung des städtischen Solarfondsprogramms (13000 Euro)
- Reduzierung des Personalkosten in der Verwaltung durch Einsparung von Stellen (142.500 Euro)
- Kürzung der Mittel für die Ortsräte (3000 Euro) oder Abschaffung der Ortsräte (24000 Euro)
- Kürzung der Zuschüsse für die Fraktionen (10900 Euro) oder
- Verkürzung des Rates von 41 auf die gesetzliche Mindestzahl von 37 Mitgliedern und Reduzierung des Verwaltungsaufwandes von 11 auf 9 Vertreter der Fraktionen (43.000 Euro).

Bild 50: Möglichkeiten zur Sanierung des städtischen Haushaltes (Dewezet vom 16. Oktober 2010)